



Niederschriften der Sitzungen der Ratsversammlung Ab 1946

Stadtarchiv Kiel
Bestand Protokolle der Ratsversammlung
Signaturen P II/64 fortlaufend

Einladung zu einer dringenden Sitzung
der Stadtvertretung am 16.2.1946, 10,00 Uhr, in Kiel,
Rathaus, Ratssaal.

- - -

T a g e s o r d n u n g

1. Wahl des Bürgermeisters
2. Berichte über die bisher geleistete Kommissionsarbeit
3. Mitteilungen.

Kom. Oberbürgermeister
Dr. T s c h a d e k .

Niederschrift
über die Sitzung der Stadtvertretung am 16.2.1946.

Anwesend: K. Oberbürgermeister Dr. Tschadek, Stadträte Koch, Jensen, Dr. Deussen, Schwartz, Karge, Gayk, Nickelsen, Behnke, Ratz, Schlarbaum, Dr. Lindemuth; Ratsherren Brede, Breitenstein, Burmester, Dose, Doßbratz, Einfeldt, Engel, Ehrig, Giese, Gottschalk, Hombrecher, Husfeldt, Jung, Kletscher, Kowalewsky, Kossack, Krautwurst, Müller, Dr. Nielsen, Neubauer, Oertel, Prey, Preßler, Roestel, Schweim, Stoffers, Schatz, Schmidt, Schröder, Stade, Schlichting, Völcker; es fehlen die Ratsherren Prof.Dr. Becker, Diekmann, Dr. Husfeldt und Kintzinger.

Außerdem nehmen an der Sitzung teil: Zwei Offiziere der Militärregierung - Det. 312 - und k. Oberstadtdirektor Lehmkuhl.

1. Wahl des Bürgermeisters.

K. Oberbürgermeister Dr. Tschadek begrüßt die Vertreter der Provinzial-Militärregierung und gibt seiner Freude über das Interesse der Militärregierung an der Arbeit der Stadtvertretung Ausdruck. K. Oberbürgermeister Dr. Tschadek führt dann weiter aus, daß Oberbürgermeister Dr. Emcke sein Amt niedergelegt hat, nachdem vom Kontrollrat in Berlin verlangt worden ist, daß er das Amt des Oberbürgermeisters nicht mehr führen soll. Die Gründe dafür sind nicht bekannt. Es ist somit die Tatsache zu verzeichnen, daß der im Mai v.Js. von der Militärregierung eingesetzte Oberbürgermeister der Stadt Kiel aus seinem Amt ausgeschieden ist. Es ist dadurch eine schwierige Situation für die Stadtverwaltung insofern entstanden, als Vortragender am 28.2.1946 aus seinem Amt als Bürgermeister der Stadt Kiel ausscheiden wollte, weil er in das österreichische Parlament gewählt wurde. Der Militär-Gouverneur hat die Demission als Bürgermeister angenommen, gleichzeitig aber Dr. Tschadek gebeten, kommissarisch das Amt des Oberbürgermeisters so lange zu führen, bis ein Nachfolger bestimmt ist. K. Oberbürgermeister Dr. Tschadek hat dieses Amt übernommen, jedoch gebeten, dieses Provisorium möglichst abzukürzen, weil es im Interesse der Stadt liegt, daß sie recht bald wieder einen Oberbürgermeister erhält, der für eine längere Zeit die Geschicke der Stadt lenkt. K. Oberbürgermeister Dr. Tschadek bittet die Stadtvertretung, ihn bis zur Amtseinführung eines neuen Oberbürgermeisters in seiner Arbeit zu unterstützen und teilt weiter mit, daß er den Militär-Gouverneur gebeten habe, den von der Stadtvertretung am 27.12.1945 ernannten Oberstadtdirektor Lehmkuhl kommissarisch in sein Amt einzuführen. Die Bestätigung des Oberstadtdirektors Lehmkuhl durch den Kontrollrat verzögert sich aus formalen Gründen. Der Militär-Gouverneur hat diesem Antrag entsprochen. Oberstadtdirektor Lehmkuhl ist am 14.2.46 in sein Amt eingeführt worden. K. Oberbürgermeister Dr. Tschadek umreißt kurz die Stellung des Oberstadtdirektors und weist darauf hin, daß mit der Tätigkeit des Oberstadtdirektors die wirkliche demokratische Selbstverwaltung beginnt. - Die Stadtvertretung nimmt Kenntnis. - Es wird dann zur Wahl des Bürgermeisters geschritten. K. Oberbürgermeister Dr. Tschadek führt aus, daß die Wahl eines Bürgermeisters notwendig ist, um die Kontinuität der Verwaltung zu gewährleisten. Stadtrat Ratz (S.P.D.) erklärt, daß die Wahl des Bürgermeisters dringend notwendig ist, weil ein Vertreter des Oberbürgermeisters vorhanden sein muß. Als Bürgermeister wird Stadtrat Gayk vorgeschlagen.

Für

Für den Fall, daß ein Mitglied der S.P.D. zum Oberbürgermeister ernannt werden sollte, wird Bürgermeister Gayk sein Amt niederlegen, damit alsdann die C.D.P. einen Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters benennen kann. Beschluß: Die Stadtvertretung wählt einstimmig Stadtrat Gayk zum Bürgermeister der Stadt Kiel. Bürgermeister Gayk nimmt die Wahl an. Er dankt für das ihm entgegen gebrachte Vertrauen. Seine einstimmige Wahl bezeichnet Bürgermeister Gayk als ein Bekenntnis zur demokratischen Gesinnung. Mit ihm sei zum ersten Mal ein Mann durch einen wahrhaft demokratischen Akt in die Führung gewählt worden. Bürgermeister Gayk dankt für diese Möglichkeit der Militärregierung und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Stadtvertretung ihre Wünsche auch bei Besetzung des Amtes des Oberbürgermeisters zum Ausdruck bringen kann.

2. Berichte über die bisher geleistete Kommissionsarbeit.

K. Oberbürgermeister Dr. Tschadek teilt mit, daß die Zeit zur Einladung für die Sitzung zu kurz war, um über die Arbeit in allen Ausschüssen einen Überblick zu geben. Es wird heute lediglich der Entnazifizierungs-Ausschuß über seine Arbeit berichten. Ratsherr Schatz gibt einen eingehenden Überblick über die bisherige Tätigkeit des Entnazifizierungs-Ausschusses. Als Ergebnis dieser Tätigkeit sind die an die Ratsherren verteilten Richtlinien am 21.1.1946 aufgestellt worden, um deren Billigung gebeten wird. Ratsherr Musfeldt (C.D.P.) spricht sich für die Annahme der Richtlinien aus. Ratsherr Gottschalk (S.P.D.) beantragt, im Abschnitt B Ziffer 2b zu streichen, weil nach seiner Auffassung niemand in die NSDAP. aus den dargelegten Gründen eintreten brauchte. Ratsherr Kossack (K.P.D.) ist der Auffassung, daß auch die in den letzten 12 Jahren geschaffenen arbeitsrechtlichen Verhältnisse ungültig gemacht werden müssen, soweit davon aktive Nationalsozialisten betroffen werden, weil es sonst vorkommen kann, daß bei Betriebseinschränkungen Antifaschisten früher ausscheiden müssen, da ihre Kündigungsfrist kürzer ist als die der aktiven Nationalsozialisten. Ratsherr Preßler (K.P.D.) bemerkt, zu Abschnitt D - Verfahren - der Richtlinien, daß die Unterausschüsse in jedem Fall die Vertrauensleute der Verwaltung und Betriebe heranziehen und ihre Stellungnahme berücksichtigen müssen, da diese über die politische Einstellung der Betriebsangehörigen am besten unterrichtet sind. Stadtrat Dr. Lindemuth (C.D.P.) weist darauf hin, daß die Vertrauensleute der Betriebe gehört werden sollen, jedoch muß die Entscheidung dem Ausschuß verbleiben, um ein gleichmäßiges Verfahren zu erreichen. Zu dem Antrag des Ratsherrn Gottschalk bemerkt Sprecher, daß theoretisch niemand gezwungen werden konnte, in die NSDAP. einzutreten, daß aber praktisch vorzugweise den Beamten nichts anderes übrig blieb, als in die Partei einzutreten, sofern sie nicht ihre Stellung verlieren wollten. Es ist eben nicht jeder Mensch zum Märtyrer geboren. Ratsherr Nielsen (C.D.P.) ist dafür, daß die Vertrauensleute der Verwaltung und der Betriebe in jedem Falle gehört werden. Was den Eintritt in die NSDAP. anbetrifft, so läßt sich nicht leugnen, daß dafür in vielen Fällen wirtschaftliche Gründe maßgebend waren. Zu Abschnitt E, Ziffer 3a - d bemerkt Ratsherr Nielsen, daß es rechtlich bedenklich erscheint, dem Entnazifizierungsausschuß diese Entscheidung zu überlassen, und zwar unter dem Gesichtspunkt, daß sich diese Maßnahmen nicht mit der allgemeinen Gesetzgebung in Einklang bringen lassen. Stadtrat Ratz vertritt den Standpunkt, daß sich die unter Abschnitt E, Ziffer 3a - d aufgeführten Maßnahmen verantworten lassen. Bei der Entnazifizierung wünscht die S.P.D. nicht nur die Mitarbeit der Vertrauensleute der Verwaltung und der Betriebe sondern

sondern darüber hinaus die Mitarbeit der gesamten Bevölkerung. Es müßten Fragebogen herausgegeben werden, durch die jedem Einwohner die Möglichkeit gegeben wird, Angaben über aktive Nationalsozialisten zu machen, wofür er sich jedoch mit seiner Person voll und ganz einsetzen muß. Stadtrat Karge (K.P.D.) macht darauf aufmerksam, daß die unter Abschnitt E, Ziffer 3a - d genannten Maßnahmen nur für aktive Nationalsozialisten gelten sollen. Die aktiven Nationalsozialisten müssen über die vorgesehenen Maßnahmen hinaus auch zur Abgabe von Bekleidungsstücken herangezogen werden, die dringend für die Flüchtlinge gebraucht werden. K. Oberbürgermeister Dr. Tschadek teilt mit, daß zur Frage der Entnazifizierung soeben Richtlinien der Militärregierung eingegangen sind. Es wird notwendig sein, die Richtlinien des Entnazifizierungs-Ausschusses mit diesen in Einklang zu bringen. Ratsherr Nielsen bemerkt, daß er nicht etwa gegen die Maßnahmen des Entnazifizierungs-Ausschusses sei, sondern sie in gewissen Fällen durchaus für angebracht halte. Sprecher hält es nur für bedenklich, einen Ausschuß für derartige Eingriffe zu ermächtigen unter dem Gesichtspunkt, daß der Stadtvertretung solche Rechte nicht zustehen. Ratsherr Nielsen warnt weiter davor, die Bevölkerung aufzufordern, Angaben über die nationalsozialistische Betätigung einzelner Personen zu machen und ist der Auffassung, daß dieses Verfahren nicht von der Militärregierung gebilligt werden dürfte. Bürgermeister Gayk erklärt, daß die Ausführungen des Stadtrats Ratz über die Beteiligung der Bevölkerung an der Entnazifizierung nicht etwa als eine Unterstützung des Denunziantentums aufzufassen sind. In den Fragebogen wären bestimmte Fragen unter voller Namensnennung zu beantworten. Man könnte dadurch der in der Öffentlichkeit oft aufgestellten Behauptung, daß sich in bestimmten Verwaltungen und Betrieben noch viele aktive Nationalsozialisten befinden, entgegen treten. Bürgermeister Gayk gibt weiter seiner Freude darüber Ausdruck, daß die vorgelegten Richtlinien keine Vergeltungsmaßnahmen gegen die Kinder aktiver Nationalsozialisten vorsehen. Stadtrat Karge erklärt, daß das deutsche Volk wieder zur Ehrlichkeit erzogen werden müsse. Es müsse aber auch die Gleichgültigkeit gegenüber politischen Dingen beseitigt werden. Stadtrat Karge verliest in diesem Zusammenhang einen Artikel aus einem Mitteilungsblatt, das am 3.2.1946 im Jugendheim der Baptistengemeinde in der Muhlhusstraße verteilt worden ist. In dem Artikel wird Adolf Hitler verherrlicht. K. Oberbürgermeister Dr. Tschadek bittet, darüber einen Bericht einzureichen. Ratsherr Krautwurst setzt sich für eine ständige Heranziehung der Betriebsräte usw. in den Verwaltungen und Betrieben ein. Die Betriebsräte usw. sind diejenigen, die am besten die einzelnen Angestellten und Arbeiter kennen. Ratsherr Schlichting ist der Auffassung, daß Objektivität der oberste Grundsatz bei der Entnazifizierung sein muß. Es dürfe sich niemand von Rache leiten lassen. Im Zusammenhang mit den unter Abschnitt E, Ziffer 3a - d aufgeführten Maßnahmen weist Sprecher auf das von dem früheren Oberpräsidenten Lohse erworbene Gut Noer hin, das dieser nur wegen seiner Vorteile als aktiver Nationalsozialist kaufen konnte. Ähnliche Verhältnisse liegen noch in vielen anderen Fällen vor. Sprecher weist auf die politischen Vorgänge an verschiedenen deutschen Universitäten hin und ist der Auffassung, daß die Stadtvertretung eine Mahnung an die hiesige Studentenschaft richten müßte, sich derartige Einflüsse nicht zu eigen zu machen. K. Oberbürgermeister Dr. Tschadek schlägt vor, die Abstimmung über die Richtlinien des Entnazifizierungs-Ausschusses bis zur nächsten Sitzung auszusetzen., damit in der Zwischenzeit die Richtlinien der Militärregierung eingebaut werden können. Um die Arbeit der einzelnen Unterausschüsse nicht zu verzögern wird vorgeschlagen, schon heute die Ratsherren und bürgerlichen Mitglieder für die einzelnen

Unter-

Unterausschüsse zu wählen. Beschluß: Die Abstimmung über die Richtlinien des Entnazifizierungs-Ausschusses wird vertagt. In die einzelnen Unterausschüsse werden jeweils 3 Ratsherren und 3 bürgerliche Mitglieder gewählt, und zwar

1. Stadtverwaltung einschl. städt. Betriebe:

- ✓ Ratsherr Schatz (S.P.D.),
bürgerl. Mitglied: Bruno Verdick, Kiel, Düppelstr. 20 (S.P.D.)
- ✓ Stadtrat Dr. Lindemuth (C.D.P.),
bürgerl. Mitglied: Heinrich Reimers, Kiel, Knooperweg 33 (C.D.)
- ✓ Ratsherr Ehrig (K.P.D.),
bürgerl. Mitglied: Ludwig Boeckmann, Kiel, Hummelwiese 5 (K.P.D.)

2. Industrie einschl. Selbstverwaltungsorgane (Industrie und Handelskammer, Arbeitgeberverbände, Einkauf- und Absatzverbände, Wirtschafts- und Fachgruppen, Genossenschaften usw.)

- ✓ Ratsherr Schröder (S.P.D.),
bürgerl. Mitglied: Fritz Book, Kiel, Jeßstr. 22, (S.P.D.),
- ✓ Ratsherr Schweim (C.D.P.),
bürgerliches Mitglied: Adolf Nickelsen, Kiel, Goethestr. 25 (C.D.P.)
- Stadtrat -
- ✓ Ratsherr Kossack (K.P.D.),
bürgerl. Mitglied: Hans Appel, Kiel, Marthastr. 1, (K.P.D.).

3. Gewerbliche Wirtschaft einschl. Selbstverwaltungsorgane (Kreishandwerkerschaft, Handwerkerinnungen, Einkauf und Absatzverbände, Fachgruppen, Genossenschaften usw.).

- ✓ Ratsherr Ratz (S.P.D.),
bürgerl. Mitglied: Ernst Zwintscher, Kiel, Stadtfeldkamp 30 (S.P.D.),
- ✓ Ratsherr Schlichting (K.P.D.),
bürgerl. Mitglied: Peter Rohde, Kiel, Kl. Kuhberg 30, (K.P.D.)
- ✓ Ratsherr Schweim (C.D.P.),
bürgerl. Mitglied: H. Reimers, Kiel, Knooper Weg 33 (C.D.P.),

4. Groß- und Kleinhandel einschl. Fachvereine, Fachorganisationen, Wirtschaftsgruppen, Körperschaften, Genossenschaften usw.

- ✓ Ratsherr Stade (S.P.D.),
bürgerl. Mitglied: Carl v. Seydlitz, Kiel, Gellertstr. 22, (S.P.D.)
- ✓ Ratsherr Husfeldt (C.D.P.),
bürgerl. Mitglied: Stadtrat Behnke (C.D.P.),
- ✓ Ratsherr Schlichting (K.P.D.),
bürgerl. Mitglied: Hans Riebel, Kiel, Kantstr. 86,

5. Banken und Kreditwesen.

- ✓ Ratsherr Stade (S.P.D.),
bürgerl. Mitglied: Arthur Feuerstein, Kiel, Hohenstaufenring (S.P.D.)
- ✓ Ratsherr Breitenstein (C.D.P.),
bürgerl. Mitglied: Bankdirektor Knapp Dr., Kiel, Rathausplatz (C.D.P.)
- ✓ Stadtrat Karge (K.P.D.),
bürgerl. Mitglied: Oskar Kaiser, Kiel-Ellerbek, Wahlestr. 9, (K.P.D.)

6. Landwirtschaft einschl. Selbstverwaltungsorgane (Kreisbauernschaft, Ortsbauernführer, Einkauf- und Absatzverbände, Landwirtschaftliche Genossenschaften, Kleingarten-, Kleintierzüchter- und Siedlervereine sowie Gartenbaubetriebe usw.).

- ✓ Ratsherr Kowalewski (S.P.D.),
bürgerl. Mitglied: Adolf Horn, Kiel, Hasseldieksdammerweg 49, (S.P.D.),
- ✓ Stadtrat Dr. Lindemuth (C.D.P.),
bürgerl. Mitglied: Ratsherr Einfeldt (C.D.P.),
- ✓ Stadtrat Schlarbaum (K.P.D.),
bürgerl. Mitglied: Jürs, Kiel, Schaßstr. 21, (K.P.D.).

7. Freie Berufe einschl. Fachgruppen und Fachvertretungen (Ärzte, Zahnärzte, Dentisten, Heilpraktiker, Hebammen, Krankenschwestern, Masseure, Rechtsanwälte, Architekten, Graphiker, Vertreter aller Art, freie Künstler, Musik-, Gesang-, Sprech-, Tanz- und Gymnastiklehrer und -lehrerinnen usw.).

- ✓ Ratsherr Gottschalk (S.P.D.),
bürgerl. Mitglied: Meyer-Grieben, Kiel, Dänische Str. 15, (SPD),
- ✓ Ratsherr Burmester (C.D.P.),
✓ bürgerl. Mitglied: Rechtsanwalt Nielsen, Kiel, Lerchenstr. 3, (C.D.P.),
- ✓ Ratsherr Dobratz (K.P.D.),
bürgerl. Mitglied: Willi Seifert, Kiel, Timkestr. 64, (K.P.D.).

8. Vereine und sonstige Körperschaften (Hausbesitzer und Mietervereine, kulturelle und Sportvereine, Landsmännische Vereine, Vergnügungsvereine usw.).

- ✓ Ratsherr Schröder (S.P.D.),
✓ bürgerl. Mitglied: Ferd. Willumeit, Kiel, Hamburger Ch. 114, (S.P.D.),
- ✓ Ratsherr Schweim (C.D.P.),
✓ bürgerl. Mitglied: Konsul Arp, Kiel, Esmarchstr. 66 (C.D.P.),
- ✓ Ratsherr Krautwurst (K.P.D.),
✓ bürgerl. Mitglied: Mürmann, Kiel, Rosenfelderstr. 9 (K.P.D.).

3. Behördliche Erlaubnisscheine.

K. Oberbürgermeister Dr. Tschadek führt aus, daß die Stadtverwaltung angewiesen werden soll, ab sofort behördliche Erlaubnisscheine aller Art, Erteilungen von Konzessionen und Lizenzen nur dann zu bewilligen, wenn die Antragsteller durch den Entnazifizierungsausschuß als unbedenklich befunden worden sind.

Beschluß: Zustimmung.

4. Mitteilungen.

a) Ratsversammlung.

K. Oberbürgermeister Dr. Tschadek gibt eine Verfügung der Militärregierung -Det. 909 - vom 4.2.1946 - 909/Civ. Adm./73/5 - bekannt, nach der die Mitglieder der Stadtvertretung nach eigenem Gutdünken ihre Meinung äußern und abstimmen können, d.h., daß sie weder an einen Partei- noch an einen Fraktionszwang gebunden sind.

Beschluß: Kenntnis genommen.

b)

b) Wahl der leitenden Beamten der Stadtverwaltung.

K. Oberbürgermeister Dr. Tschadek hält es für notwendig, daß die Stadtvertretung in ihrer nächsten Sitzung die leitenden Beamten der Stadtverwaltung ernannt (§ 29 der Verfassung). Beschluß: Zustimmung.

c) Dezernent des Ernährungs- und Wirtschaftsamtes.

K. Oberbürgermeister Dr. Tschadek führt aus, daß bisher Dezernent des Ernährungs- und Wirtschaftsamtes Oberstadtdirektor Lehmkuhl war. Das Dezernat ist frei geworden, nachdem Oberstadtdirektor Lehmkuhl als solcher in sein Amt eingeführt worden ist. Vorgesehen ist, Dr. Thunsdorff kommissarisch zum Dezernenten des Ernährungs- und Wirtschaftsamtes zu ernennen. In der Aussprache wird festgestellt, daß Dr. Thunsdorff noch nicht in der städtischen Verwaltung tätig ist. Er ist ein Sohn des Kieler Polizei-Oberbaurats Thunsdorff. Beschluß: Die Stadtvertretung ist damit einverstanden, daß Dr. Thunsdorff kommissarisch zum Dezernenten des Ernährungs- und Wirtschaftsamtes ernannt wird.

d) Unterausschuß für die Zuteilung von Kraftfahrzeugen für DIE Wirtschaft (Fahrbereitschaft und Benzinzuteilung).

K. Oberbürgermeister Dr. Tschadek teilt mit, daß seinerzeit die Kommission für Kraftfahrzeug-Zulassungen gebildet worden ist. Da es sich um keine von der Stadtvertretung eingesetzte Kommission handelt, ist verfügt worden, daß sie ihre Tätigkeit sofort einstellt. Von dem Ausschuß für Wirtschaft und Ernährung ist vorgeschlagen worden, einen Unterausschuß für die Zuteilung von Kraftfahrzeugen für die Wirtschaft (Fahrbereitschaft und Benzinzuteilung) einzusetzen. Stadtrat Schwartz begrüßt die Maßnahme und bedauert, daß sie nicht schon früher ausgeführt worden ist. Es wird vorgeschlagen, in den Unterausschuß 3 Ratsherren und 3 bürgerliche Mitglieder zu wählen. Stadtrat Behnke und Ratsherr Einfeldt setzen sich für einen Unterausschuß auf breiter Grundlage ein. Die weitere Aussprache ergibt, daß zunächst ein Unterausschuß von 3 Ratsherren und 3 bürgerlichen Mitgliedern gewählt werden soll, dem es überlassen bleibt, weitere bürgerliche Mitglieder hinzuzuziehen. Beschluß: Die Stadtvertretung wählt in den Unterausschuß für die Zuteilung von Kraftfahrzeugen für die Wirtschaft (Fahrbereitschaft und Benzinzuteilung).

✓ Ratsherrn Kletscher (S.P.D.)

✓ bürgerl. Mitglied: Bernhard Jansen, Prieser Strand 12 (S.P.D.)

✓ Ratsherr Husfeldt, (C.D.P.),

✓ bürgerl. Mitglied: Mietge, Kiel, Saarbrückenstr. 44 (C.D.P.),

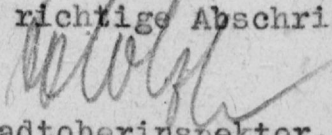
✓ Ratsherr Ehrig (K.P.D.),

✓ bürgerliches Mitglied: Heinz Scheele, Kiel, Segebergerstr. 38
(K.P.D.)

gez. Dr. Tschadek.

gez. Gayk.

Für richtige Abschrift:


Stadtoberinspektor.